

Haiders FPÖ und das Kapital

von Margit Bauer

Die Koalitionsregierung zwischen FPÖ und ÖVP stellt eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden gesellschaftlichen Hauptklasse, der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie dar. Gleichzeitig drückt sie eine neue Qualität der bürgerlichen Politik aus.

Entgegen der verbreiteten Annahme, dass Schüssels "Machtwille" Grund für diese Regierungsbildung war, war es die klare Entscheidung des österreichischen Kapitals, die Nachkriegsordnung und mit ihr die Sozialpartnerschaft endgültig aufzukündigen. Diese Regierung steht für ein neoliberales Programm, für einen frontalen Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse. Darüber hinaus wird durch die Einbeziehung der FPÖ in die Regierung, offen rassistische Politik weiter hoffähig gemacht. Dass eine weltanschaulich rassistische Partei in Österreich Regierungsmacht erobert hat, bedeutet auch neben der regierungsamtlichen Förderung jeder Form offen Rassismus auch seine staatliche Unterstützung.

Unternehmer unterstützen die FPÖ

Durch das Bündnis von Haider und Prinzhorn, einem Vertreter der österreichischen Bourgeoisie, der deutlich mehr Respekt im Unternehmerlager hat als die sogenannte "Bublerpartei" rund um Haider, konnte sich die FPÖ ein Profil verschaffen, das nicht nur unter ewig Gestrigen, dem Mittelstand und frustrierten Arbeitern ankam, sondern auch für Unternehmer einiges zu bieten hatte.

Mit Prinzhorn war ein Mann mit an die Spitze der FPÖ getreten, der als Person mehr an Eigenständigkeit gegenüber Haider ausdrückte und politisch deutlich mehr Garant für die Umsetzung der schon bisher von der FPÖ vertretenen neoliberalen Politik darstellte. Dies zeigte sich unter anderem in der deutlichen Positionierung für die EU und für die Osterweiterung, während der populistische Flügel der FPÖ, der in den Positionen Haiders zum Ausdruck kommt, weiterhin auf eine EU-skeptische Position setzt und die EU-Osterweiterung eindeutig ablehnt.

Diese Strategie hatte Erfolg und die Wahl markiert eine deutliche Wende in der Unterstützung der FPÖ durch Stimmen aus dem Unternehmerlager. So konnte die FPÖ am 3. Oktober 1999 bei den Managern, Freiberuflern und Unternehmern mit 31 % deutlich punkten und hielt sich damit dicht hinter der ÖVP mit 36 %. Die Abkehr von der Unterstützung der alten großen Koalition mit ihrer strategischen Politik der Einbindung der Gewerkschaften und der politischen Organisationen der Arbeiterklasse zeigt sich in der Abkehr vieler Unternehmer, Manager und Freiberufler von der SPÖ besonders deutlich sie verlor in dieser Schicht von 29 % auf 16 % (1).

Dieser Umschwung kam im Gefolge der Wahl noch deutlicher zum Ausdruck. Namhafte Vertreter der Unternehmer machten sich für die FPÖ stark. Billa-Chef Veit Schalle äußerte sich deutlich auf die Frage zur gewünschten Regierungskonstellation "Mir ist alles recht, solange die FPÖ dabei ist." Auch Veit Sorger, Chef des Frantschacher Papierkonzerns stellt sich bald deutlich hinter die FPÖ: *"Ich habe überhaupt keine Berührungängste mit der FPÖ. Man kann nicht alle ins rechte Eck stellen. Die Ansätze der Freiheitlichen zur Budgetsanierung und Privatisierung sind jedenfalls richtig."* (2)

Auch in den Reihen der ÖVP stärkt sich die Gruppe der Unterstützer einer Regierungsbeteiligung der FPÖ. Während Böhler-Uddeholm-Generaldirektor Claus Raidl Schüssel nicht die Kraft zutraut, Haider in die Schranken zu weisen und deshalb die Option einer rot-blauen Regierung überlegt, stellt sich Gernot Langes Swarovski, Glasmagnat in Tirol, hinter eine blau-schwarze Koalition.

Und so stürzte im ÖVP-nahen Wirtschaftsbund während der Verhandlungen mit der SPÖ der bisherigen Vorsitzende Maderthaler über einen unbedeutenden Skandal. Maderthaler unterstützte die Fortsetzung der Großen Koalition mit der SPÖ und wurde durch Leitl ersetzt, der eine blau-schwarze Variante bevorzugte und bevorzugt. Damit hatte sich die österreichische Bourgeoisie nach jahrelanger Diskussion für einen Weg der Konfrontation mit den Gewerkschaften und der Sozialpartnerschaft entschieden. Auch wenn Leitl seine Unzufriedenheit mit diversen populistischen Phrasen Haiders zum Ausdruck bringt, steht dieser Flügel eindeutig hinter dieser Regierung und mahnt Haider bloß, sich mit seinen Äußerungen zurückzuhalten.

Verstärkte internationale Konkurrenz

Diese Hinwendung zentraler Kreise der österreichischen Unternehmer zu einer Koalition zwischen FPÖ ist Ausdruck einer internationale Entwicklung, in der das Gewicht der Arbeiterklasse deutlich zurückgedrängt werden soll. Hintergrund ist die strukturelle Überakkumulation, die sich international verschärft hat. Sie zwingt die nationalen Kapitale weltweit, ihre Ausgangsposition zu verbessern. Die Entwicklung in Richtung Globalisierung ist sowohl Ausdruck dieser Notwendigkeit, als auch ein Versuch einer Lösung. Führend in dieser Entwicklung sind die USA, wo der herrschenden Klasse in den 1980er Jahren massive Angriffe auf angestammte Rechte der Arbeiterklasse gelungen sind. Die Deregulierung und Ausweitung prekärer

Arbeitsverhältnisse ist am weitesten fortgeschritten. Der wirtschaftlich Vorsprung der USA wurde auf dem Rücken der Arbeiterklasse geschaffen.

Die EU steht damit unter dem Erfolgsdruck, nachzuziehen oder der Entwicklung in den USA immer weiter nachzuhinken. Österreich hat selbst im Vergleich zur EU eine rückständigere Wirtschaftsstruktur: das Vorherrschen von Klein- und Mittelbetrieben, die innerhalb der EU unter besonderen Konkurrenzdruck geraten. Sie können entweder auf Nischenproduktion setzen oder werden unter dem Druck wirtschaftlicher Liberalisierungen weiter mit Konkurs bedroht werden.

Doch auch das österreichische Großkapital sieht in der relativ starken Position der Arbeiterklasse über die institutionalisierten Wege der Sozialpartnerschaft einen Hemmschuh für die eigene Profitabilität. So konnten die Gewerkschaften in den letzten Jahren Regierung und Unternehmer immer wieder dazu zwingen, an den Tisch sozialpartnerschaftlicher Verhandlungen zurückzukehren und vorgeschlagenen Angriffe zuerst in den Gremien durchzukauen. Damit konnte sich das österreichische Kapital einerseits zwar die Zustimmung der Gewerkschaften zu den weitreichenden Angriffen erkaufen, musste jedoch in einzelnen Bereichen immer wieder (kleine) Abstriche machen. Die Aufrechterhaltung dieser Gremien selbst ist auch mit Kosten verbunden, die der Reduktion der Steuerlast für Unternehmer ebenfalls Grenzen setzte, wollte man das Budgetdefizit nicht zu sehr explodieren lassen, was mit den Maastricht-Kriterien nicht in Einklang zu bringen wäre.

Bereits 1995, als die ÖVP durch ihrem Bruch mit der Koalition nach nur einem Jahr dieser Legislaturperiode vorzeitige Wahlen erzwang, war das Thema einer blau-schwarzen Regierung bereits auf dem Tapet, doch schreckten die Unternehmer damals noch vor der Unzuverlässigkeit von Haider's Partei einerseits und der direkten Konfrontation mit der Arbeiterklasse andererseits zurück.

Fünf Jahre später konnten die Unternehmer viele ihrer Forderungen nach Privatisierung des großen verstaatlichten Sektors, Flexibilisierung der Arbeitszeit (z.B. des Ladenschlusses), Einsparungen im Sozialbereich etc. durchsetzen, ohne jedoch die direkte Konfrontation mit den Organisationen der Arbeiterbewegung eingegangen zu sein.

Gewerkschaftliche Rechte durch Kollektivverträge, Arbeitsschutzbestimmungen sowie Auflage bei der Führung eines Betriebes (z.B. bezüglich der Umweltverträglichkeit) aber auch Forschungs- und Beratungseinrichtungen wie die AK sind dem Kapital ebenso ein Dorn im Auge wie die Kosten für die Aufrechterhaltung der mit der Sozialpartnerschaft verbundenen Gremien und Posten. Die Sozialdemokratie - insbesondere die die Sozialdemokratie beherrschende Bürokratie - ist jedoch gerade mit den sozialpartnerschaftlichen Institutionen engstens verbunden, lebt doch ein Gutteil der Bürokratie gerade von der Arbeit in diesen Institutionen. Der Aufschrei war daher immer dann besonders laut, wenn es nicht um Angriffe auf den Lebensstandard der breiten Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen ging, sondern um Zurückdrängung des Einflusses der sozialpartnerschaftlichen Institutionen.

Die Sozialdemokratie war zwar zu weitgehenden Zugeständnissen in den Regierungsverhandlungen mit der ÖVP bereit und hätte einem Belastungsprogramm beinahe zugestimmt, dessen Ausmaße kaum geringer gewesen wären als jenes der derzeitigen Regierung, den Angriffen auf die sozialdemokratische Bürokratie hätte sie jedoch deutlich mehr Widerstand entgegengesetzt. Der Wechsel des österreichischen Kapitals zu einer Regierung des Angriffs gerade auf den Einfluss der Arbeiterbewegung verdeutlicht, dass das Kapital das Vertrauen verloren hat, dass selbst die bereitwillige Opferung von diversen Errungenschaften durch die SPÖ ihre Ziele weit genug verwirklichen würde.

Mit der FPÖ hingegen ist eine Partei an die Regierung gekommen, die ihren Populismus gerade mit einem explizit neoliberalen Wirtschaftsprogramm verbindet, das insbesondere die Bastionen der Arbeiterbewegung in Österreich im Auge hat und einen strategischen Angriff auf diese zu ihrem klaren und eindeutigen Erkennungsmerkmal gemacht hat.

Die FPÖ weist auch noch einen weiteren Vorteil gegenüber den traditionellen Großparteien auf. Sie ist nicht mit der Nachkriegsordnung verbunden. Der historische Kompromiss, der die Grundlage für die Stabilität der Sozialpartnerschaft bot, war die Übereinstimmung von ÖVP und SPÖ, dass die Polarisierung der Zwischenkriegszeit das eigentliche Übel war. Durch ein strategisches Bündnis der beiden Parteien sollte diese Polarisierung überwunden werden. In der Realität bedeutete dieser Kompromiss, dass die Sozialdemokratie bis heute nicht aus den tradierten Strukturen der Sozialpartnerschaft austritt, solange sie nicht von den Bürgerlichen hinausgeworfen wird. Seit Jahrzehnten opfert die Sozialdemokratie jede soziale Bewegung auf dem Altar der Sozialpartnerschaft und trägt ein System, das sich immer offensichtlicher gegen die Interessen der Arbeiterklasse richtet.

Doch auch die ÖVP ist vielfach an dieses Bündnis gebunden. Sie hat dieses Bündnis sogar in den eigenen Reihen durch ihre Bündelstruktur. Auch wenn der Gewerkschaftsflügel im ÖAAB ebenso wie der Bauernbund keine entscheidende Rolle für die Politik der ÖVP spielt, ist diese Struktur doch eine Bremse für den frontalen Angriff auf diesen Klassenkompromiss.

Die FPÖ ist von dieser Tradition frei. Sie sieht den Hemmschuh klar:

"Mit dem wachsenden Wohlstand sind aber auch strukturelle Rigiditäten aufgetreten, welche durch das politische Umfeld verschärft wurden: Die Institution der Sozialpartnerschaft wirkt im steigenden Maße nicht mehr strukturanpassend, sondern strukturversteinernd; die traditionellen Regierungsparteien konzentrieren ihre

Aktivitäten immer mehr auf den Kampf um politische und ökonomische Renten anstatt den weltwirtschaftlichen Herausforderungen Österreichs durch geeignete Maßnahmen zu begegnen." (3)

Die FPÖ wurde gerade dadurch stark, dass sie sich in Zeiten, in denen die sozialpartnerschaftlichen Strukturen immer weniger effizient für beide Seiten - die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie - wurden, gegen diese gestellt hatte. Sie repräsentiert den klarsten Bruch mit dem Nachkriegsösterreich.

Andererseits kann die FPÖ gerade an die österreichische Volkstümelei der Zweiten Republik anknüpfen und ihren Populismus darauf aufbauen. Durch die offizielle Reinwaschung der Nazizeit als einer aus der Sicht des Opfers ist in der österreichischen Öffentlichkeit kaum ein Bruch mit der Identifikation mit der Geschichte der eigenen Gesellschaft vorhanden.

Dafür war der nun verstärkt aufkommende Österreich-Chauvinismus (der durch Österreichs vermeintlich harmlose Rolle als "neutrales" Land auch noch zum positiven Bezugspunkt bis hinein in die Arbeiterbewegung, in SPÖ und KPÖ wurde) mit einer wehleidigen Entschuldigung der eigenen Vergangenheit verbunden. Er wurde dadurch zu einer besseren Grundlage für einen rechten Populismus und die Kontinuität des Antisemitismus als die Deutschtümelei. Damit konnte sich die FPÖ in Österreich auf einer populistischen Rhetorik eine Massenbasis verschaffen.

SPÖ - Wegbereiter von Rassismus und Entsolidarisierung

Die rechte Politik der Sozialdemokratie hat über die Jahre Arbeiter in den Hände Haiders getrieben. Jahr für Jahr wurden Wahlversprechen gebrochen, ein Belastungspaket nach dem anderen gerechtfertigt, Privatisierungen, gegen die man sich zuvor ausgesprochen hatte, durchgeführt, die Marginalisierung und Illegalisierung von Ausländern betrieben und durch die rassistische Politik dem kursierenden Rassismus in der Arbeiterklasse nicht entgegengetreten, während der ÖGB-Vorsitzende Verzetnitsch und Konsorten ein abgehobenes Leben im Penthouse führen. Kampflos wurde den Forderungen des Kapitals Jahr für Jahr mehr nachgegeben, während selbst das äußerliche Erscheinungsbild der eigenen Parteileitung sich immer mehr von der Arbeiterklasse entfernte und sich dem eines Bankers annäherte.

Der Frust über die Partei, die ihre Pfründe mehr verteidigt als die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Basis, ließ für viele Arbeiter die populistische Propaganda gegen "die da oben" und die frechen Sager von Haider gegenüber dem bürokratischen Filz als sinnvolle Rute im Fenster der SPÖ erscheinen. Mit Forderungen wie Österreicher zuerst, konnten sie gerade bei jenen Arbeitern punkten, die schon innerhalb der SPÖ die rassistische Verteidigung der eigenen Interessen auf Kosten der Ausländer gut geheißten hatten.

Und diese Linie hat in der österreichischen Arbeiterklasse Tradition. Schon am Beginn dieses Jahrhunderts war der Antisemitismus in Österreich weitverbreitet. Im Gegensatz zu Deutschland, konnte Österreich sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf seine "Opferrolle" berufen und war somit kaum gezwungen, sich von der eigenen Geschichte zu distanzieren und den Antisemitismus aus der öffentlichen Diktion zu verbannen. Die antisemitischen "Rülpser", frisch in den Wind gereimt in der Kronenzeitung, wären heute selbst für das deutsche Bürgertum in dieser Form schwer tragbar. Die Honoratioren der Nazizeit konnten in Österreich weitgehend unbehelligt in ihren Positionen verbleiben und werden mit einem wehleidigen "Man solle nicht immer diese alten Geschichten aufwärmen oder man habe es ja damals nicht so genau gewusst" verteidigt. Der laufende Prozess gegen Gross, den berüchtigten Arzt vom Spiegelgrund, dem zahlreiche Morde an behinderten Kindern zur Last gelegt werden, zeigt die mangelnde Distanz und reale Toleranz gegen über solchen Nazi-Mördern einmal mehr.

Auch die Sozialdemokratie stößt seit Jahrzehnten ins rassistische Horn. In der Verstaatlichten Industrie waren es die sozialdemokratischen Gewerkschafter, die ausländischen Kollegen und Kolleginnen den Zugang zu diesen Betrieben verwehrten. Sie hefteten sich die Forderung nach Sicherung der österreichischen Interessen aufs Hemd und erleichtern so eine Situation, in der Ausländer gezwungen sind, in schlechter bezahlten Jobs zu arbeiten, wodurch die Gefahr des Lohndrucks gesteigert wird.

Auch die jahrzehntelange Weigerung, ausländischen Kollegen und Kolleginnen im Betrieb das Recht zuzugestehen, für den Betriebsrat zu kandidieren, stößt in das selbe Horn. Es erlaubt, Ausländer zu einer willfährigeren Masse zu machen, die je nach Arbeitsmarkt nach Österreich hereingeholt oder abgeschoben werden. In einigen Bereichen bedeutet es jedoch, dass die Möglichkeit einen Betriebsrat überhaupt zu konstituieren gleich Null sind, da nur ausländische Kollegen oder Kolleginnen bereit sind, sich für die Interessen der Beschäftigten im Betriebsrat einzusetzen. So erlaubt die Sozialdemokratie eine permanente Unterhöhlung kollektivvertraglicher Rechte im Bereich der Ausländerbeschäftigung.

Die heutige Position der Sozialdemokratie zur Osterweiterung der EU geht in die gleiche Richtung. Chauvinistischen Vorurteile gegenüber den ärmeren Nachbarländern werden betont durch die Argumentation, dass man mit diesen Arbeitern erst gar nicht in einer gemeinsamen Föderation leben will, solange sie arm sind. Damit wird die Schuld für die kapitalistischen Krisenerscheinungen, die den Hintergrund für Angriffe darstellen, nicht bei Banken und beim Kapital gesucht, sondern die ausländischen Arbeiter stehen den inländischen Arbeitern gegenüber. Angesichts dieses Rassismus kann sich das österreichische Kapital nur händereibend beglückwünschen.

Die Politik der Sozialdemokratie hat Haider und FPÖ in einem kaum vorstellbaren Ausmaß vorgebaut. Ihre nahezu hundertprozentige Dominanz über die organisierte Arbeiterbewegung hat auch dazu geführt, dass sich in Österreich in Betrieben und Gewerkschaften kaum eine aktiv und offensiv auftretende Schicht bewusst anti-rassistischer Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen gebildet hat. Dabei ist heute ist der Kampf gegen den Chauvinismus und Rassismus in der Arbeiterklasse eine Überlebensfrage im Kampf gegen die Regierung. Anti-Rassismus gab es in der SPÖ (oder in den sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften) nur in der Form bürgerlichen und kleinbürgerlichen Antirassismus, als Aufklärungsprogramm und moralische Belehrung. Die gesellschaftlichen Wurzeln des Rassismus im imperialistischen Kapitalismus - ganz zu schweigen vom Kampf der gesamten Arbeiterklasse gegen Rassismus und Ausbeutung - blieben außen vor.

Genau die Tatsache, dass diese Humanisten keinerlei Antwort auf die Frage hatten und haben, wie der Lebensstandard der Arbeiter und Arbeiterinnen - egal ob Österreicher oder Ausländer - gesichert werden kann, lässt ihren "Antirassismus" für viele Arbeiter hohl erscheinen.

Da kann die FPÖ mit ihrer Position eher punkten. Ihre Forderung zur EU-Osterweiterung kann Ähnlichkeiten zu jener der Sozialdemokratie kaum verbergen: *"Keine Osterweiterung, solange die beitrittswerbende Staaten die erforderlichen Mindestanforderungen der EU-Mitgliedstaaten nicht dauerhaft erreicht haben."* (4)

FPÖ als Arbeiterpartei?

Mit ihrer rassistischen Politik konnte die FPÖ an der für sie guten Vorarbeit der SPÖ anknüpfen und hatte damit auch einen Sündenbock. Andererseits ist die Abscheu der Arbeiter vor der Arbeiterbürokratie ein Hebel, den die FPÖ nutzen kann, die Bollwerke der Arbeiterbewegung selbst anzugreifen. Diese Kombination erlaubt ihr einen Einbruch in sozialdemokratische Wählerschichten innerhalb der Kernschichten der Arbeiterklasse.

Bei der Wahl am 3. Oktober 1999 konnte die FPÖ sogar einen größeren Teil der Wählerstimmen der manuellen Arbeiter für sich gewinnen als die SPÖ. Während die SPÖ im Vergleich zur Wahl 1995 um 10 % auf 33 % fiel, fiel zwar auch der Anteil der FPÖ um 3 %, hielt sich aber insgesamt immer noch bei 38 %. Damit lag die FPÖ erstmals 5 % über der SPÖ bei deren traditionellen Kernschichten. (5)

Kommentatoren haben nun begonnen, die FPÖ als die eigentliche neue Arbeiterpartei zu bezeichnen. Sie könnten nicht falscher liegen. Abgesehen davon, dass die Arbeiterklasse nicht ausschließlich aus manuellen Arbeitern besteht, sondern auch weite Kreise der Angestellten, aber auch Teile der Beamten umfasst, kann die Charakterisierung einer Partei nicht ausschließlich aus deren Wählerschaft bestimmt werden. Auch in den USA etwa wählt ein Gutteil der Arbeiterklasse die Demokraten, dies macht sie allerdings keineswegs zu einer Arbeiterpartei.

Die FPÖ ist von ihrem ganzen Verständnis her eine bürgerliche Partei, die insbesondere Ausdruck kleinbürgerlicher, aber immer mehr auch bürgerlicher Schichten ist. Ihre ganze Wende hin zu vermehrt neoliberaler Politik ist eindeutig ein Konzept, die ihre Verbundenheit mit den Interessen der reaktionärsten Teile der Bourgeoisie ausdrückt. Andererseits knüpft sie mit ihrer Politik für den kleinen Mann gerade an kleinbürgerliche Existenzen und auch an die reaktionär-kleinbürgerlichen Vorstellungen der Arbeiterklasse an. Ein weiteres Indiz, dass die FPÖ ihre Verankerung in der Arbeiterklasse keinesfalls ernst meint, ist ihr geringer Erfolg in der Organisation auf betrieblicher Ebene. Der Vorstoß der Gründung der Freien Gewerkschaften Österreichs (FGÖ) als Gegengewicht zum ÖGB war ein Flop. Ganze 1.100 Mitglieder konnte die FGÖ 1998 vorweisen. (6) Außer im Bereich des Repressionsapparates konnte sie keine erwähnenswerte Mitgliedschaft vorweisen und selbst dort bleibt es ein absolutes Minderheitenkonzept.

Auch die Aktion Unabhängiger und Freiheitlicher (AUF) und die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA), die Fraktionen der FPÖ innerhalb des ÖGB, konnten sich sonderlich stärken. Bei den Personalvertreterwahlen im Öffentlichen Dienst im Herbst 1999 kamen sie bei der uniformierten Sicherheitswache auf 26 % und der Zollwache auf 18 %, insgesamt ist die AUF im öffentlichen Dienst jedoch von 8,1 % auf 7,7 % gesunken. Dies liegt weit hinter den bei der Nationalratswahl erreichten 27 % (für Beamte und Angestellte) zurück. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass die FPÖ und ihre Fraktionen im ÖGB auf betrieblicher Ebene sehr schwach organisiert sind und die Beschäftigten auf dieser Ebene die Vertreter der FPÖ nicht als ihre Vertreter akzeptieren.

Entgegen den kolportierten Meinungen stellt die FPÖ das Gegenteil einer Arbeiterpartei dar. Ihr zentrales Ziel ist gerade die strategische Zurückdrängung und Schwächung wesentlicher Teile der Organisationen der Arbeiterklasse. Und dazu ist der Rassismus ein wichtiges Mittel. Hier werden die Fronten gegen Teile der Arbeiterklasse errichtet und so versucht, Arbeiter für eine Politik der Zerschlagung der eigenen Bastionen zu gewinnen.

Mit dem Mittel des Rassismus wird unter Anderem ein Repressionsapparat aufgebaut, der jederzeit auch gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden kann. Mit dem Argument des Rassismus wird für Arbeitsverhältnisse argumentiert, die weit unter dem Mindestlohn entlohnt werden können und damit die Spaltung der Arbeiterklasse weiter vorantreiben. Mit dem Argument wird gegen den Zugang zu Sozialleistungen argumentiert und so der Bereich der Sozialleistungen insgesamt eingeschränkt.

Diente der ÖVP historisch der Katholizismus als Integrationsmittel für ihre Unterstützer und Parteimitglieder aus dem Kleinbürgertum und aus der Arbeiterklasse, übernimmt diese Funktion für die FPÖ der Rassismus. Dieser

gewinnt gerade durch die Angriffe auf den Sozialstaat, der die Arbeiterklassen, Mittelschichten und das Kleinbürgertum an den österreichischen Staat und an den österreichischen Imperialismus band, für die Bourgeoisie an Bedeutung, ist sie doch in einem bürgerlich-demokratischen System gezwungen, auch aus diesen Klassen Wählerstimmen zu gewinnen.

FPÖ und Faschismus

Die FPÖ setzt offen auf den Rassismus. Hier werden Asylanten, insbesondere aus afrikanischen Ländern, mit Drogendealern gleichgesetzt und ihnen nebenbei gleich mal Asylmissbrauch unterstellt. Die Gefahr der Überfremdung wird groß herausgestrichen und das österreichische Volkstum hochgehalten. Dem burgenländischen FPÖ-Obmann Rauter ist gar der Spielbergfilm Schindlers Liste ein derartiger Dorn im Auge, dass er sich für die Absetzung der Gratisvorführung an den Schulen einsetzt. Der industrielle Spitzenkandidat Prinzhorn verstieg sich gar zu Aussagen über die Abgabe von Hormonen zur Ausländervermehrung, von denen sich sogar Haider "distanzieren" musste (siehe Kasten).

Damit punktet die FPÖ auch klar bei Rassisten und Faschisten. Immer wieder sucht Haider Ausdrücke wie jenen der ordentlichen Beschäftigungspolitik (1991) oder Verharmlosungen wie jene, die Konzentrationslager der Nazis als "Straflager" (1995) zu bezeichnen, die ihn in den Nahebereich zum Deutschen Reich bringen, um sich dann postwendend wieder dafür zu entschuldigen. Damit macht er solche Ausdrücke einmal mehr salonfähig. Auch die Nähe zu alten wie neuen Nazis ist ihm nicht fern. So etwa fand er sich im Dezember 1995 bei einem Treffen der Waffen-SS ein wo er die alten Recken als *"anständige Menschen, die einen Charakter haben und auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind."* (7)

Klagenfurts Vizebürgermeister gab sich besonders reaktionär mit seiner Buchstabierung von Nazi als "neu, attraktiv, zielstrebig, ideenreich". Hinter dem von der FPÖ initiierten Ausländervolksbegehren konnte die FPÖ das gesamte rechte Spektrum hinter sich vereinen - und verlor dabei ihren liberalen Flügel, der in der Folge das Liberale Forum bildete.

Wie sehr das Ausländerthema Kern des Selbstverständnisses der FPÖ ist, kann an dieser Selbsteinschätzung klar entnommen werden. *"Die Freiheitliche Partei Österreichs hat in einer der entscheidendsten Gegenwarts- und Zukunftsfragen unserer Heimat Österreich - dem Problem der unkontrollierten Zuwanderung - den klarsten und ausschließlich am Wohl der Bürger orientierten Standpunkt eingenommen."* (8)

Diese Haltung ist gefährlich, da sie sowohl den offenen und aggressiven Rassismus als auch den freundschaftlichen Umgang mit Faschisten salonfähig macht. Die FPÖ jedoch als faschistisch zu bezeichnen - so viele Gefahren sie auch in sich birgt - heißt den Faschismus zu unterschätzen.

Denn der Faschismus war und ist nicht "nur" Rassismus oder Antisemitismus, Stärkung bonapartistischer Strukturen und der Autorität des Staates und Anspielungen an Nazidiktation. Der Faschismus unterscheidet sich in seiner Gefahr und Bedrohung gerade dadurch von anderen reaktionären Bewegungen, dass er nicht oder nicht primär auf den bürgerlichen Staat zur Durchsetzung seiner reaktionären Vorstellungen setzt.

Vielmehr ist es für den Faschismus üblich, gerade auch den bürgerlichen Staat als zu schwach oder zu verrotten anzusehen, um sein Projekt zu betreiben. Er setzt daher nicht einfach auf den autoritären Staat, sondern baut auf die Mobilisierung eines reaktionären Mobs. Der Faschismus ist nicht nur eine Bewegung des Kleinbürgertums, sondern des "wild gewordenen Kleinbürgers". Diese Mobilisierung kleinbürgerlicher Massen in Verbindung mit dem Lumpenproletariat und bis hin zu den rückständigsten, reaktionärsten Arbeiterschichten als faschistische Bewegung, die aktiv die Zerschlagung der Arbeiterbewegung betreibt, ist ein zentrales Erkennungsmerkmal faschistischer Bewegungen oder Parteien.

Hier wird nicht primär der bürgerliche Staat samt Polizei und Justiz eingesetzt, sondern vielmehr die direkte, handgreifliche Konfrontation mit der Arbeiterbewegung gesucht. Schlägertrupps auf der Straße und im Einsatz gegen Demonstrationen, Überfälle auf Gewerkschaftsaktivisten und Antifaschisten sowie auf Ausländer und Minderheiten und auch Massenmobilisierungen oder Aufmärsche begleiten den Aufstieg des Faschismus. Genau darin unterscheidet sich etwa der schwedische Faschismus, dessen Opfer z.B. vor nicht allzu langer Zeit der aktive antifaschistische Gewerkschafter Björn Söderberg wurde, von der FPÖ. Darin unterscheidet sich die FPÖ auch von der NPD und ihrer Jugendorganisation in der BRD oder von den Nazi-Terroristen, die für die Bombenanschläge auf Roma im Burgenland verantwortlich sind.

Die Bildung von faschistischen Frontorganisationen nach dem 2. Weltkrieg, in denen sich die alten faschistischen Kerne sammeln konnte, war angesichts des geringen Widerstandes, den SPÖ und ÖVP dagegen setzten, kein Zufall. Die VdU (Verband der Unabhängigen, die Vorläuferorganisation der FPÖ) war in der Tat ein Block alter Nazis mit "respektablen" Erzreaktionären wie den Parteigründern Reimann und Krauss.

Nach der konterrevolutionären Stabilisierung der Nachkriegsperiode Ende der 1940er Jahren wurden in den imperialistischen Ländern ökonomische und politische Bedingungen geschaffen, die die Entstehung faschistischer Massenorganisationen praktisch verunmöglichten. Die alten Nazis "integrierten" sich in die bürgerliche Gesellschaft, machten politische Karriere in den konservativen und sozial-demokratischen Parteien oder in Parteien wie der FPÖ, die selbst wiederum normaler Bestandteil des bürgerlichen Parteienspektrums

wurde. Im Laufe der Jahre bzw. der Jahrzehnte ist die FPÖ "verbürgerlicht", hat aber immer noch starke Verbindungen zum österreichischen Faschismus.

Der Faschist Scrinzi, im Handbuch des österreichischen Widerstandes als "Hauptexponent des deutschnationalen Flügels in der FPÖ" bezeichnet, war jahrelang der Kärntner Nationalratsabgeordnete und stellvertretender Parteiobmann, die faschistische Nationaldemokratische Partei (NDP) unter Norbert Burger entstand 1966/67 aus einer Abspaltung von der FPÖ.

"In Wien (gemeint ist die Wiener Gemeinderatswahl 1991, Anmerkung der Redaktion) waren vor allem auf Bezirksebene nicht wenige ehemalige Funktionäre und Unterstützer der ANR und der NDP, also zweier wegen neonazistischer Tätigkeit aufgelöster Organisationen, auf den Kandidatenlisten. Während der Ex-NDP-Spitzenfunktionär Dietmar Sulzberger sein errungenes FPÖ-Bezirksratsmandat wieder abgeben mußte, avancierte der ehemalige ANR-Unterstützer Elmar Dirnberger inzwischen vom Kandidaten zum stellvertretenden Wiener Obmann.

Noch deutlicher wurde diese Rechtsentwicklung im Zuge der Kandidatenauswahl für die niederösterreichische Landtagswahl am 16. März 1993. Unter dem Einfluss von Parteiobmann Haider wurden mehrere Kandidaten mit rechtsextremen Kontakten an wählbare Stelle platziert, während gestandene Parteifunktionäre nach hinten rutschten. Mit der Nominierung von Barbara Rosenkranz, der Ehefrau des Spitzenkandidaten einer neonazistischen Partei, Bernhard Blochberger, einem führenden NDP-Funktionär, und von Hans Jörg Schimanek sen., dem väterlichen Förderer des gleichnamigen Küssel-Komplizen und VAPO-Aktivisten, setzte Haider eindeutige Signale, die auch in der Öffentlichkeit so verstanden wurden." (9)

Auch wenn die FPÖ als Partei keine faschistische ist, so pflegte und pflegt sie jedoch enge Kontakte zum österreichischen Faschismus. Und auch innerhalb der FPÖ finden sich faschistische Gruppierungen, die bereit stehen, falls das populistische Projekt Haiders scheitert. Die FPÖ birgt daher eine faschistische Gefahr in sich. Die weitgehende Abkehr Haiders in den letzten Jahren von deutschtümelnden Aussagen, die früher für ihn typisch waren und ihn schon seit seiner Jugend begleiten, bedeutet nicht, dass er diese nunmehr ablehnt. Vielmehr ist diese Wende darauf zurückzuführen, dass es in Österreich zwar durchaus eine rechte Massenbasis gibt, diese sich aber nicht positiv auf Deutschland bezieht. Vielmehr ist es Teil der Nachkriegsordnung, dass reaktionäre Wendungen mit einem Österreich-Nationalismus verbunden werden. Und genau in diese Kerbe schlug Haider im Laufe der Jahre mehr und mehr. Sein Aufruf "Österreich zuerst", den er 1993 hinaus posaunte - also in dem Jahr als das Ausländervolksbegehren lief und die Briefbomben Österreich erschütterten - trug dieser Stimmung in Österreich Rechnung und räumte Hindernisse aus dem Weg, die zwischen ihm und rassistischen, aber nicht unbedingt deutschtümelnden Schichten, insbesondere auch in der österreichischen Arbeiterklasse bestanden.

Dennoch lässt sich Haider gerne im Kreise von SS-Veteranen sehen und scheut auch sonst den Kontakt mit dem faschistischen Kreisen nicht. In ihrem Kampf gegen den roten Filz setzt die FPÖ jedoch eindeutig auf rechtsstaatliche Institutionen und versucht diese, zu ihren Zwecken umzubauen. Durch die Vorschläge zur Erweiterung der sogenannten direkten Demokratie sollen Landeshauptleute, Bürgermeister usw. eine weitaus bonapartistische Funktion erhalten. Durch die direkte durch das Volk wird ihnen die Autorität verliehen, sich im Falle des Falles über die gewählten Gemeinderäte, Landtage oder Parlamente hinwegzusetzen und somit die Demokratie auszuschalten. Während die Fraktionen in den Gemeinderäten, Landtagen oder Parlamenten noch einem gewissen Druck der Parteibasis ausgesetzt sind, können sich solche direkt gewählten Einzelpersonen (die ja auch nicht für eine bestimmte Fraktionsliste sondern als Person gewählt wird) noch leichter über Parteibeschlüsse erheben und unliebsame Personen von heute auf morgen absetzen.

Stärkung des autoritären Staates

Auch der Vorschlag, mittels Volksbegehren die Demokratie zu stärken, geht in eine autoritäre Richtung. Durch eine Volksabstimmung erhält ein Vorschlag mehr Autorität als durch einen bloßen Beschluss einer Regierung oder des Parlamentes. Damit wird jedoch nicht der sogenannte Volkswille - so es den in einer

Klassengesellschaft überhaupt geben kann - kund getan.

Vielmehr ist die Fragestellung von vornherein festgelegt, sodass zu einem bestehenden Vorschlag nur noch ja oder nein gesagt werden kann. Und wer die Frage festlegt, bestimmt zu weiten Teilen auch das Ergebnis. Dieses Problem stellt sich z.B. anlässlich der Volksabstimmung über den EU-Beitritt: Als Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale lehnten wir die EU als imperialistisches Bündnis ab, aber konnten dem Weg eines nationalstaatlichen österreichischen Kapitalismus gleichermaßen nicht gut heißen. Unsere Position - nämlich für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa - konnten wir in dieser Volksabstimmung nicht über ein "ja" oder "nein" auf dem Stimmzettel ausdrücken.

Diese Politik der FPÖ entspricht einer Stärkung der autoritären Strukturen des bürgerlichen Staates, nicht jedoch dem Versuch, die reaktionären Politik durch Mobilisierungen auf der Straßen durchzusetzen. Abgesehen von Bierzeltveranstaltungen und Wahlwerbetouren ist das Erscheinungsbild der FPÖ hauptsächlich durch Plakate - und nicht etwa durch Aufmärsche - geprägt.

Im Haider-Prinzhorn-Plan, das die Grundlage der letzten Nationalratswahl darstellt, sind solche grundlegenden Überlegungen zur staatlichen Struktur ausgeklammert. Die Stärkung der autoritären Züge des Staates findet sich

jedoch weiterhin im Papier. So werden gefordert: härteres Durchgreifen bei Drogenkonsum, lebenslange Haftstrafen für schwere Sexualdelikte mit Todesfolge sowie für den Handel mit harten Drogen im großen Umfang, Inhaftierung und Entzug für alle Drogenhändler und Beschaffungskriminellen, sofortige Abschiebung für Drogendealer, verpflichtende Drogentests für Lehrer, Sozialarbeiter und Jugendbetreuer, mehr Personal bei Exekutive und Justiz zur Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität und Weisungsfreiheit für Staatsanwälte. Schon jetzt ist klar, dass die Polizei die Aktivisten gegen diese Regierung mit besonderer Aufmerksamkeit beobachten und filmen. Schließt sich die Regierung der Forderung des Rings Freiheitlicher Studenten an, soll der angebliche Schaden, der auf der Universität während der Besetzung im März 2000 verursacht wurde, einzelnen Aktivisten aufgehalst werden.

Populismus und Liberalismus

Die Politik der FPÖ unter Haider war von Beginn an deutlich geprägt von der einer Oppositionspartei. Mit viel Populismus gegen die Bürokratie in Staat und Arbeiterbewegung wurde versucht, gerade auch in frustrierte Arbeiterschichten einzubrechen und sie bei der Stange zu halten: Mieten senken, ein Handshake mit den (SPÖ- und KPÖ!-)Betriebsräten vor den Toren des von Schließung bedrohten Semperitwerkes in Traiskirchen, die Pose verschiedener FPÖler als Männer mit Gehör für Arbeiter, die Forderung *"Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen erhalten jährlich eine einkommensabhängige zusätzliche Beihilfe"* (10) sind Teil des populistischen Programms. Die Forderung nach Strompreissenkung, Mietensenkung und dem Kinderbetreuungsscheck liegen ganz auf dieser Linie. Um die Wähler bei der Stange zu halten wurde auch seit dem Amtsantritt der Regierung immer wieder in einigen Punkten quergeschossen: So zum Beispiel in der Frage des 20prozentigen Selbstbehaltes bei den Krankenversicherungen, die im Regierungsprogramm stehen, doch bereits mehrfach insbesondere von FP-Mitgliedern in Frage gestellt wurde.

Diese Forderungen verdecken jedoch (wenn auch nur dürtig) das eigentliche wirtschaftliche Programm der FPÖ. Dieses ist keineswegs so populistisch wie die Wahlkampfplakate. Das Programm ist in seinem Wesen ein lupenrein neoliberales Programm, das die staatlichen Regulierungen im Bereich der Wirtschaft wesentlich zurückschraubt, die Beiträge der Unternehmer für den Sozialbereich (also im Wesentlichen die Lohnnebenkosten) drastisch senkt, die Flexibilisierung der Arbeit - eine langjährige Unternehmerforderung - voll unterstützt und rechtliche Schutzbestimmung für die Beschäftigten freizügig einschränkt.

Aufwertung des Marktsektors

Das Wirtschaftsprogramm geht vom freien Markt als oberste Devise aus. Haider ist hier eindeutig: *"Wir wollen aber den Marktsektor aufwerten."* (11) Staatliche Regulierungen werden als falsch abgelehnt. Dies trifft insbesondere den Wohlfahrtsstaat, aber nicht nur. Auch im Bereich der Wirtschaft werden alle Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen einschränken, offensiv abgelehnt. Das freiheitliche Modell wendet sich an die "Tüchtigen" und „Fleißigen". Haider dazu in seinem Buch *"Befreite Zukunft jenseits von links und rechts"*:

"Sobald sich in unserem System Tüchtige und Fleißige durchsetzen, werden sie nicht gefördert, sondern zurecht gestützt. Leistungseliten sind für sie (die Sozialisten, Anm. d. Redaktion) ein unerträglicher Gedanke. Die Konservativen in unserem Lande haben sich hier nicht viel anders verhalten. Ich bin aber überzeugt, daß man gerade auf die Leistungsträger in allen sozialen Gruppen Bedacht nehmen sollte." (12)

Noch klarer wird es im Parteiprogramm der FPÖ ausgesprochen: *"Die Bildung von offenen Eliten auf Grund tatsächlich erbrachter bedeutender Leistungen sichert die Lebensfähigkeit großer menschlicher Gemeinschaften."* (13)

Hier geht es nicht um Integration von Schwächeren oder um den Versuch, gesellschaftliche Unterschiede etwa einzudämmen, wie es die Sozialdemokratie mit ihrer Umverteilungspolitik versucht. Hier geht es darum, dass die Schwachen dieser Welt sich endlich mit ihrer Rolle abfinden sollen und den Erfolgreichen nicht länger im Weg stehen sollen.

Dieser Leistungsgedanke ist einer der Kernpunkte von neoliberalen Programmen. Hier werden jene gefördert, die ohnehin eine gute Position in der Gesellschaft haben - sie haben ihre Leistung damit ja bereits unter Beweis gestellt. Jene allerdings, denen die Gesellschaft keinen Job zu bieten hat und die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, werden rasch in die Position gebracht, selbst für ihre Misere verantwortlich zu sein, sie haben sich nicht ausreichend angestrengt. Dieser Gedanke zieht sich durch die Arbeitslosenpolitik der FPÖ durch: Arbeitslose sollen genauer dahin überprüft werden, ob sie sich anstrengen, einen Job zu bekommen.

Angriff auf den Sozialstaat

Dass dies in Zeiten von Arbeitslosigkeit und insbesondere in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit eine reine Schikane ist, leuchtet recht rasch ein, wenn man bedenkt, dass durch die bloße Anstrengung von hundert Arbeitslosen, die sich für eine Arbeitsstelle bewerben, aus dieser Arbeitsstelle dennoch nicht mehr als eine werden. Arbeitslose, die die Sinnhaftigkeit von Bewerbungen bei Unternehmen nicht einsehen, die sie ohnedies nicht anstellen werden, werden von einer solchen Politik als leistungsunwillig abgestempelt. Die Politik der gegenwärtigen Koalitionsregierung von ÖVP und FPÖ zieht daraus bereits die entsprechenden Schlüsse und

fordert Arbeitslose, die keinen Job finden zur Zwangsarbeit für die Bürgergeld, also ein leicht erhöhtes Arbeitslosengeld, auf.

Diese Demontage des Sozialstaates wurde auch inhaltlich von der FPÖ in einem Maßnahmenkatalog 1995 gerechtfertigt. *"Das Wachstum der Staatsausgaben ist in hohem Maße von den Transfers der Sozialprogramme bestimmt.... Daher bedarf es aus Gründen der Sicherung der sozialen Ziele und der Stabilität der Staatsfinanzen einer raschen und umfassenden Neuorientierung der Sozialpolitik."* (14)

Während dem Sozialstaat von vorne bis hinten das Wasser abgegraben werden soll, soll den Unternehmern der aus ihren Betrieben erwirtschaftete Profit möglichst ungeteilt zur Verfügung gestellt werden. Die Lohnnebenkosten und Abgaben sollen zurückgeschraubt werden. So wird etwa der Wohnbauförderungsbeitrag und die Kommunalabgabe gestrichen, die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung ab dem 50. Lebensjahr können entfallen. Dafür sollen Investitionsfreibeträge erhöht werden und den Unternehmen die Arbeit von Lehrlingen im ersten Lehrjahr überhaupt kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die ganze Politik, wie sie im Haider-Prinzhorn-Plan enthalten ist, ist ein Programm, das die Interessen der Wirtschaft und damit in einer bürgerlichen Gesellschaft die Interessen des Kapitals wahr. Dieses lebt und gedeiht gerade auf der Grundlage von Privateigentum an den Produktionsmitteln dieser Gesellschaft. Und genau dazu verpflichtet sich die FPÖ in ihrem Programm:

"Die Anerkennung von Privateigentum ist eine Grundbedingung für jede freie Gesellschaft. Wir wollen möglichst viel Eigentum aller Art, insbesondere auch an Produktionsmitteln, in privater Hand und breit gestreut." (15)

Und weiter: *"Politik darf sich nicht nur auf den Schutz des bestehenden Besitzes beschränken, sondern muß dafür sorgen, daß jeder einzelne durch Leitung auch tatsächlich zu Eigentum gelangen kann."* (16) sowie : *"Das Leistungsprinzip soll die treibende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung"* (17) sein.

"Wahr ist und bleibt die Erkenntnis, daß eine freie Wirtschaft, welche den Eigennutz akzeptiert, die in den Menschen vorhandenen Produktivkräfte buchstäblich entfesselt und zu hohen Leistungen führt. Ebenso wahr bleibt die Entdeckung, daß ein funktionierender Markt mit freiem Wettbewerb den besten Mechanismus darstellt, um die unüberschaubar vielen Wirtschaftsvorgänge verhältnismäßig rasch und gut aufeinander abzustimmen." (18)

Diese Positionen könnten direkt aus der Feder eines der Theoretiker des Liberalismus sein, denn sie beinhalten die Kernelemente liberaler Politik. Und diese zeigen sich insbesondere in der Argumentation für die Überlegenheit des Marktes. Dieser völlig irrationale und chaotische Mechanismus, der regelmäßig zur Überproduktion und dann zum Kollaps führt, wird hier als Allheilmittel gepriesen. Es ist zynisch, diese Zeilen zu lesen, wenn man bedenkt, dass gerade die Paradebeispiele für neoliberale Entwicklung, die jahrelang hochgehalten wurden - nämlich die Tigerstaaten Südostasien - einen derartigen Zusammenbruch erlebten, von dem sie sich heute noch nicht vollends erholt haben.

Klassenkampf mit Ansage

Diese Politik des Liberalismus ist eine politische Kampfansage, Klassenkampf von oben. Nachdem man nämlich den Markt als oberstes Prinzip aller Dinge erhoben hat, ist er daher auch für alle gut. Alles, was nicht marktwirtschaftlich, sondern regulativ über den Staat geregelt ist, steht der Entfaltung des Marktes im Wege und ist daher abzulehnen. Kein Wunder, dass sich hier sowohl im Haider-Prinzhorn-Plan als auch in anderen Schriften der FPÖ gerade gesetzliche Bestimmungen des Arbeitsschutzes den Verfassern ein Dorn im Auge sind. So ließt sich etwa der Text in einem Maßnahmenpaket der Freiheitlichen so: *"die derzeitigen arbeitsrechtlichen Regelungen behindern vielfach die im beiderseitigen Interesse gelegene Gestaltung der Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ... und beeinträchtigen auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit. Es sind daher Maßnahmen zu setzen, die die Autonomie der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei Gestaltung der Dienstverträge verstärken und eine weitgehenden Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen ermöglichen."* (19) Thomas Prinzhorn hat in seinem Betrieb das rechtlich Mögliche (und mehr als das) ausgeschöpft. Seine Arbeiter erhalten bloß den kollektivvertraglich festgesetzten Lohn und dürfen darüber hinaus auf die kollektivvertraglich vereinbarte 36-Stunden-Woche noch bis frühestens 2001 warten. (20) Vielleicht hat sich bis dahin schon das FPÖ-Konzept gänzlich durchgesetzt, sodass seine Arbeiter nach Marktbedingungen entlohnt werden:

"Darüber hinaus sollen die Lohnkosten gesenkt werden, indem die 'Entlohnung ... den Regeln des Marktes' folgt und 'möglichst gerecht der erbrachten Leistung' entspricht. Um das zu ermöglichen, will die FPÖ an Stelle tarifvertraglicher Vereinbarungen die 'individuelle und betriebliche Vereinbarungsfreiheit' treten lassen, während die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose die entsprechende 'Bereitschaft' fördern soll, schlecht abgesicherte und niedrig bezahlte Arbeitsverhältnisse einzugehen." (21)

Und weiter: *"Das Ziel ist insgesamt, arbeitsrechtliche, arbeitszeitliche und lohnpolitische Standards abzuschaffen, um die abhängig Beschäftigten vom 'Gewerkschaftsmonopol' zu befreien und dem freien Markt als rechtlose beziehungsweise wehrlose Individuen zuzuführen."* (22)

Liberalismus und Autoritarismus

Hier werden die Berührungspunkte von Neoliberalismus, Autoritarismus und - als eiserne Reserve - Faschismus besonders deutlich. Diese Beziehung ist nicht neu. Sie war von Beginn an im Konzept der Neo-Liberalismus enthalten und hatte auch praktische Auswirkungen in der Unterstützung der Diktatur Pinochets oder der türkischen Militär durch den westlichen Imperialismus und die ideologischen Vorreiter der neo-liberalen Wirtschaftsdoktrin wie Milton Friedman. Der "totale Markt" tendiert zur totalen Ausschaltung der organisierten Einflussnahme der Arbeiterbewegung. Daher ist die Einschränkung demokratischer Rechte der Arbeiterklasse eine Konstante aller neo-liberalen Programme.

Das Konzept, den Lohn den Marktbedingungen völlig flexibel anzupassen, ist nicht neu. Dieses Konzept in seiner Extremform geht davon aus, dass sich die Löhne so flexibel anpassen sollen, dass alle Arbeiter, die Arbeit suchen beschäftigt werden können. Der kleine, aber höchst bedeutsame Haken an dieser Vorstellung ist bloß, dass erwartet wird, dass Arbeiter für die Beschäftigungstherapie auch dann noch Danke sagen sollen, wenn ihr Lohn unter die Armutsgrenze sinkt. Dass dies zur Sklavenarbeit ausartet, kümmert die Verfechter solcher neoliberaler Thesen wenig.

"Haider wirbt mit dem Modell eines schlanken Staates' schreibt das Handelsblatt und nimmt in seiner Analyse des aktuellen Wirtschaftsprogrammes der Freiheitlichen deren Vorstellungen äußerst positiv auf." (23) Kein Wunder, es kommt Unternehmerinteressen zu 100 % entgegen.

Als soziale Verbesserungen für die Masse der Bevölkerung ist dann die Liberalisierung des Marktes vorgesehen. Durch Aufhebung des Friedenszinses sollen angeblich die Mieten sinken, durch Liberalisierung der Strompreis fallen.

Damit wird auf der Basis des privaten Eigentums und oder Förderung der Profitabilität jeder Aspekt gesellschaftlicher Solidarität unterbunden. Verantwortlich ist der Einzelne nur für sich selbst. Doch versteht es sich für die Freiheitlichen von selbst, dass etwa der Konzern von Prinzhorn, als dieser in finanzielle Schwierigkeiten geriet durch Steuergelder, also staatliche Gelder, gestützt und durch großzügige Kredite des Staates gerettet wurde. Da darf der Staat dann in die Bresche springen.

Schui (et al) analysieren in ihrem Buch "Wollt ihr den totalen Markt?" diese neoliberale Ausrichtung folgendermaßen:

"Aus der Sicht der Freiheitlichen stellt der politisch und ökonomisch gestaltete Staat, dessen Zweck auf die Schaffung allgemeiner Wohlfahrt ausgerichtet ist, eine Bedrohung der Freiheit dar. Staatliche Regulierungen und Interventionen des Staates in das gesellschaftliche Geschehen bedeuten hiernach eine Ausübung von Zwang auf das Individuum, die dessen Freiheitsanspruch einengt. Freiheit wird von der FPÖ ganz im Sinne Hayeks als negative Freiheit verstanden, einzig als Abwesenheit von Zwang, die sich in bestimmten klassischen Bürgerrechten wie Unversehrtheit von Leib und Leben und persönlichem Eigentum äußert. Bestandteil dieser Freiheit ist dagegen nicht, daß der Staat zugunsten benachteiligter gesellschaftlicher Gruppierungen die materiellen Voraussetzungen zur persönlichen Entfaltung und damit für die Freiheit schafft. Das Freiheitsverständnis der FPÖ bedeutet im Kern das Recht auf Teilnahme am Markt, ohne daß der Staat vorsorglich die Chancen des einzelnen durch Beschäftigungs-, Einkommens-, Bildungs-, Wohnungsbaupolitik usw. verbessern würde, die wegen Alter, Krankheit, Wirtschaftskrise etc. nicht in den Markt integriert sein können." (24)

Die realen Vorstellungen der Freiheitlichen von Freiheit haben selbst nach ihren eigenen Aussagen noch lange nichts Gleichheit gemein: *"Wie man die Sache auch wendet, nimmt man den Begriff Gleichheit nicht im Sinne von Gleichstellung, sondern wortwörtlich, dann passen Freiheit und Gleichheit nicht zusammen, stehen sogar im Widerspruch zueinander ... Ganz generell gesehen, kann die Folge von Freiheit nie Gleichheit sein."* (25)

Insgesamt ist das Programm der Freiheitlichen trotz ihrer populistischen Schlenker ein durch und durch neoliberales. Als Partei hat die FPÖ schon mehr als einmal bewiesen, dass sie Forderungen rasch hinter sich liegen lassen und Wahlversprechen mit einer Leichtigkeit brechen kann, ohne dass sie deswegen innerparteiliche Probleme oder Verluste an Wählerstimmen hinnehmen musste.

Ein deutliches Beispiel ist der Kinderscheck, den sie sowohl in der Wahlkampagne in Kärnten als auch zur Nationalratswahl in de Vordergrund rückte und beteuerte, dieser würde allen Frauen zu Gute kommen. In Kärnten wurde er bis jetzt in zwei Pilotgemeinden umgesetzt und stand dort auf einmal nur für jene Frauen zur Verfügung, die kein Karenzgeld erhalten. Damit wurde aus der finanziellen Absicherung der Frauen schlichterding ein Kinderbetreuungsgeld, das mit 5.700 Schilling das Überleben der Frauen und den Kindergartenplatz auf einmal kaum sichert, insbesondere, wenn man bedenkt, dass die Einführung des Kinderschecks in aller Wahrscheinlichkeit die Streichung der Subventionen für Kindergärten zu Folge hat und somit die Kosten hierfür in die Höhe jagen werden.

Die rassistische Partei FPÖ, die mit ihren populistischen Argumenten auf Wählerfang geht, aber dahinter ein durch und durch neoliberales Programm verbirgt, ist eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung in Österreich. Zentrale Einrichtungen wie der ÖGB und die AK sollen ausgehungert und in ihren Rechten (z.B. auf kollektivvertraglicher Ebene) untergraben werden. Damit wird die Entsolidarisierung der Arbeiterklasse weiter vorangetrieben und für die Unternehmer mehr und mehr ein Paradies ohne sozial- und arbeitsrechtliche Beschränkungen geschaffen. Wenn ihnen das gelingt, wird es länger dauern, bis sich die Arbeiterbewegung davon erholt.

Schlussfolgerung

Die schwarz-blaue Regierung stellt selbst einen schweren Angriff auf die Arbeiterklasse dar. Sie repräsentiert eine Änderung der Strategie des österreichischen Kapitals. Die Sozialdemokratie hat - vorerst zumindest - ihre Schuldigkeit als Regierungspartei getan.

Die strategische Entscheidung des Kapitals in Österreich erklärt auch, warum die Regierung von ÖVP und FPÖ so rasch gebildet wurde. Die politische Übereinstimmung des ökonomischen Programm und anderer strategischer Zielsetzungen (NATO-Mitgliedschaft!) beider Parteien erklärt auch untermauert diese Einschätzung.

Vor allem zeigt sich die strategische Bedeutung dieser Regierung (und damit die Gefahr für die Arbeiterbewegung, für die Immigranten, die Jugend, die Frauen) darin, dass die österreichische Bourgeoisie selbst gegen den Druck zahlreicher imperialistischer Regierung an dieser politischen Exekutive der Kapitalistenklasse festhält. Es zeigt sich auch darin, dass die größte Massendemonstration der Zweiten Republik, die größte Massenbewegung seit dem Generalstreik 1950 diese Regierung nicht von der Macht vertreiben konnte. Dazu ist in der Tat ein Generalstreik, gestützt auf rätedemokratisch organisierte Streikkomitees und Streikpostenkosten, nötig gewesen.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie sind hauptverantwortlich dafür, dass diese Chance nicht ergriffen wurde, dass die Regierung nicht gestürzt wurde, als ihre Handlungsfähigkeit massiv eingeschränkt war, als sie die Initiative verloren hatte.

Die politische Lehre aus dieser verpassten Gelegenheit ist klar und eindeutig: Bruch mit der Sozialdemokratie! Das heißt nicht nur Bruch mit den besonders abstoßenden reaktionären Seiten diese Politik - ihrem Chauvinismus, Nationalismus, Rassismus, ihrer Klassenkollaboration. Es bedeutet einen Bruch mit der gesamten reformistischen Ideologie und Programmatik, die auf der proletarischen Bewegung in Österreich weit über die SPÖ und die sozialdemokratischen Gewerkschaften hinaus wie eine Alp lastet.

Dieser Kampf gegen die Sozialdemokratie schließt selbstredend die gemeinsame Aktion mit den reformistischen Arbeitern und Führern gegen die Regierung und die Unternehmer, die Anwendung der Einheitsfronttaktik gegenüber SPÖ und ÖGB ein. Aber sie muss verbunden sein, mit einem kompromisslosen Kampf gegen die Politik, die Ideologie des Reformismus und für den Aufbau einer selbständigen, genuin proletarischen revolutionär-kommunistischen Avantgardepartei.

Fußnoten

- (1) NEWS Nr. 41/99, S. 95
- (2) NEWS Nr. 41/99, S. 96
- (3) Freiheitliches Bildungswerk, op. cit., S. 7; zitiert in Schui (et al): op. cit., S. 214
- (4) Der Haider-Prinzhorn-Plan der FPÖ
- (5) NEWS Nr. 40/99 S. 55f
- (6) NEWS Nr. 23/98, S. 38
- (7) NEWS Nr. 41/99, S. 50
- (8) FPÖ, "Österreich Zuerst", Neue Argumente zur Ausländerpolitik, Wien 1994, S.2 ; zitiert in Schui (et al): op. cit., S. 218
- (9) Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Deuticke, Wien 1993
- (10) Der Haider-Prinzhorn-Plan der FPÖ
- (11) Haider, Wiener Erklärung op. cit., S. 16; zitiert in Schui (et al): op. cit., S. 225
- (12) Jörg Haider: Befreite Zukunft jenseits von links und rechts, Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend, Politica Edition, Ibra & Molden, Wien 1997, S. 37
- (13) FPÖ, Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs, beschlossen am Programmparteitag 1./2. 6. 1985, Freiheitliches Bildungswerk (Hrsg.), Wien 1993, Ziffer 54; zitiert in Schui (et al): op. cit., S. 216
- (14) Freiheitliches Bildungswerk, Freiheitliches Maßnahmenpaket zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich, Wien 1995, S. 34; zitiert in Schui (et al): op. cit., S. 213
- (15) FPÖ-Parteiprogramm, op. cit., Ziffer 41; zitiert in Schui (et al): op. cit., S. 222
- (16) FPÖ-Parteiprogramm, op. cit., Ziffer 41; zitiert in Schui (et al): op. cit., S. 222f
- (17) FPÖ-Parteiprogramm, op. cit., Ziffer 36; zitiert in Schui (et al): op. cit., S. 223
- (18) Stix, op. cit., S. 23; zitiert in Schui (et al): op. cit., S. 223
- (19) Freiheitliches Bildungswerk, Maßnahmenpaket, op. cit., S. 13; zitiert in Schui (et al): op. cit., S. 224f
- (20) NEWS Nr. 36/99, S. 34)
- (21) Schui (et al): op. cit., S. 225
- (22) Schui (et al): op. cit., S. 225
- (23) Schui (et al): op. cit., S. 225. Zitat aus Handelsblatt vom 13.12.1995
- (24) Herbert Schui, Ralf Ptak, Stephanie Blankenburg, Günter Bachmann, Dirk Kotzur: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, Knaur, München 1997, S. 209.

(25) Gerulf Stix: Die Stunde des EuroLiberalismus. Liberalismus und Nationalismus im neuen Europa, Wien 1991, S. 28 zitiert in Schui (et al): op. cit., S. 211

Anhang

Geschichte der FPÖ

Seit Haider 1986 Obmann der FPÖ wurde, hat sich die Partei deutlich dem Populismus und Rassismus zugewandt. In seinen Reden deutete Haider immer wieder die Nähe zu faschistischen Kreisen an und spielte mit Ausdrücken der Nazis wie etwa jener der "ordentlichen Beschäftigungspolitik". Mit der FPÖ hatte er auch eine Partei hinter sich, der solche Tendenzen nicht fremd waren. Ein Blick in die Geschichte zeigt dies mit aller Deutlichkeit.

Lebenslügen der Zweiten Republik

Nach dem 2. Weltkrieg formierten sich rasch drei Parteien wieder: die SPÖ, die ÖVP und die KPÖ. Man einigte sich zwischen SPÖ und ÖVP auf eine Schuldteilung: Die Polarisierungen zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen in der Zwischenkriegszeit sei Schuld gewesen am aufsteigenden Faschismus. Nunmehr sollte eine Periode der Einbindung der Arbeiterklasse stattfinden, die solche Polarisierungen vermeide. Damit ließen sich die Sozialdemokraten angesichts der Radikalisierung der Arbeiterklasse im Gefolge der Demontage des Nazi-Regimes die Hände binden und stellten sich fortan hinter die Konsensbildung im Rahmen der Sozialpartnerschaft. Damit entstand einerseits eine stark ausgeprägte Bürokratie, die diese Klassenversöhnung tagtäglich und in der Regel im Interesse der Unternehmer aushandelte. Andererseits wurden die Klassenlinien dadurch vielfach verwischt und das gemeinsame Interesse Österreichs in den Vordergrund gestellt.

Auch die KPÖ stimmte ein in den Tenor der nationalen Einheit mit der Losung "immer für Österreich". Die Verankerung der Neutralität in der Verfassung gab Österreich noch zusätzlich den Anstrich eines freundlichen Landes inmitten der bösen Welt. Damit konnten sich die österreichische Bourgeoisie, des Kleinbürgertum, die Beamenschaft auch aus der Verantwortung stehlen, die eigene Geschichte kritisch zu beleuchten und sich vom eigenen Rassismus und Faschismus zu distanzieren. Gleichzeitig entledigte sich auch die Sozialdemokratie der Kritik an ihrem Versagen im Kampf gegen den Austro-Faschismus und Faschismus und ihres Verrates an den Kämpfer im Bürgerkrieg 1934.

Der österreichische Staat gab sich nunmehr "tolerant" - gegenüber den alten Nazis. Statt mit weitgehenden Säuberungen, einflussreiche Posten von Nazis zu säubern und dem Rassismus den Kampf anzusagen, wurde von allen "anti-faschistischen Gründungsparteien" (ÖVP, SPÖ, KPÖ) die Opferrolle Österreichs in den Vordergrund gestellt. Wiens SPÖ-Bürgermeister Körner leugnete den Antisemitismus einfach überhaupt. (1) So konnte das positive Verhältnis zu eigenen, entstehenden "Heimat" bewahrt werden, das eine ideale Basis für den Populismus der FPÖ liefern sollte.

In der Praxis ging Österreich jedoch eindeutig den antisemitischen Weg weiter. Als 1948 von den USA jüdische Entschädigungsforderungen an Österreich herangetragen wurden, gab sich der ÖVPler und Bundeskanzler Leopold Figl abweisend: *"Dem Antrag (der USA; Anm.) wird die Zustimmung im Ministerrat nicht gegeben. Es ist auch schwer zu sehen, wo wir die Mittel aufbringen sollten. Außerdem würde hier ein Gegensatz zu den Nationalsozialisten geschaffen werden."* (2) Und gerade dieser Gegensatz sollte vermieden werden!

Die Parteien beeilten sich in der Nachkriegszeit, um die ehemaligen NSDAP-Mitglieder zu buhlen. So konnte Heinrich Gross - der Kinderquäler vom Spiegelgrund - 1951 der Justiz entkommen, zwei Jahre später der SPÖ beitreten, seine Karriere bald danach fortsetzen und sich 1962 als Primararzt wieder an jenem Krankenhaus einfinden, in dem er unter dem Faschismus gequält hatte. Seine Karriere ist kein Einzelschicksal.

Die andere Strategie der SPÖ war es zu versuchen, das bürgerliche Lager durch die Begünstigung einer zweiten bürgerlichen Partei zu spalten. So konnte 1949 der Verband der Unabhängigen (VdU) von Herbert A. Kraus und Viktor Reimann als Sammelbecken für alle Rechten gegründet werden, die sich nicht in die bestehenden Parteien einfügen wollten. Es sammelte sich dort ein *"Konglomerat von Altnazis, Neonazis, Deutschnationalen und einigen wenigen Liberalen"* (3). Die beiden Gründerpersönlichkeiten hatte keine besondere Vergangenheit unter den Nazis und dies gab der Partei einen gewissen liberaleren Anstrich. Doch schon das Ausseer Programm von 1954 wies deutliche deutschnationale Züge auf. Mit einem Wählerpotential von über 10 % stellte die VdU einen ernst zu nehmenden rechtsextremen Block dar, zu dessen Gründung die SPÖ mitgeholfen hatte.

Gründung der FPÖ

Nach dem Zusammenbruch des VdU wurde 1956 die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) gegründet. Diese Gründung bedeutete einen so deutlichen Schritt nach rechts, was auch die beiden Gründer des VdU selbst feststellten. Kraus gab nach dem Gründungsparteitag im April 1956 seinen Austritt bekannt mit der Aussage: *"Das Ergebnis des FPÖ-Parteitags veranlaßt mich, die mir angebotene Kandidatur zur Nationalratswahl anzulehnen und aus der FPÖ auszutreten. Dieser Parteitag war die Bestätigung der lange vorbereiteten 'Machtübernahme' durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und ehemaligen Naziführern, die in der FPÖ verbliebenen gemäßigten Vertreter des VdU sind praktisch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt."* (4) Sowohl der erste Obmann, Anton Reinthaller, als auch der zweite Obmann, Friedrich Peter, waren durch ihre Vergangenheit unter dem Nazi-Regime bekannt. Reinthaller gehörte im März 1938 als Landwirtschaftsminister der Regierung Seyß-Inquart an und wurde dann SS-Brigadeführer; Peter gehörte der 1. SS-Infanteriebrigade an, die 1941/42 hinter der Front angebliche Partisanen ermordete. Zu seinem Einsatz in Russland bekannt sich Peter auch 1956 noch freimütig.

Der ehemalige SSler Peter erkannte jedoch Anfang der 60er Jahre, dass die politische Isolation keine Perspektive für die FPÖ darstellt und begann, der FPÖ ein liberaleres Image zu verpassen. Eine gewisse Annäherung an die SPÖ wurde vom Sozialdemokraten Olah durch die Spende von eine Million ATS aus den Gewerkschaftsgeldern honoriert, der die FPÖ für eine kleine Koalition gewinnen wollte. Ab 1970 stützte die FPÖ die Minderheitsregierung der SPÖ im Gegenzug für eine Wahlrechtsreform, die die FPÖ begünstigte. Die SPÖ machte sich die fatale Hoffnung, das bürgerliche Lager durch die Aufwertung einer zweiten bürgerlichen Partei dauerhaft schwächen zu können. In den 70er Jahre wurde der FPÖ durch Kooptierung ein Sitz in der Leitung des ÖGB gewährt.

Unter dem Obmann Steger (1980-86) dominierte der liberale Flügel die Politik, was eine Regierungsbeteiligung der FPÖ in Koalition mit der SPÖ erleichterte. Diese Regierungsbeteiligung brachte die FPÖ an den Rand der Existenz als Parlamentspartei. Das brachte die Rechten wieder auf den Plan.

Haider wird Parteichef

Am 14. 9. 1986 wurde Jörg Haider mit 59,5% der Stimmen zum neuen Parteiobmann gewählt. Damit wurde der liberale Flügel der Partei mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt. Die Partei fuhr einen Kurs, der den Populismus und Rassismus deutlich betonte und die Nähe zu faschistischen Kreisen nicht scheute. Die Aussagen Haiders zur österreichischen Nation sind eines von vielen Beispielen dieser Nähe:

"Das wissen Sie so gut wie ich, daß die österreichische Nation eine Mißgeburt gewesen ist, eine ideologische Mißgeburt. Denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache. Man hat ja versucht, nach 1945, um hier besondere Distanz zur Vergangenheit zu wahren, diese österreichische Nation zu schaffen und damit einen Bruch der jahrhundertelangen Geschichte vollzogen. Denn es geht darum, welchen Beitrag Österreich im Rahmen der deutschen Geschichte getragen hat." (5)

Im Gefolge der Wahl Haiders trennte sich der liberale Atterseekreis 1987 von der FPÖ. Im Gegensatz zu Stegers liberaler Regierungspolitik fuhr Haider einen klaren Oppositionskurs. Damit konnte sich die FPÖ wesentlich stärken. Die Partei, die 1966 und 1979 zwischen 5 % und 6 % der Stimmen für sich gewinnen konnte, stürzte 1983 auf unter 5 % ab und drohte durch die Regierungsbeteiligung noch weiter abzustürzen.

Mit der Machtübernahme Haiders gelang es ihm, gleich 1986 den Stimmenanteil auf knapp 10 % zu verdoppeln. Der weitere Aufstieg war rasant: 16,6 % (1990), 22,5 % (1994), 21,9 % (1995) und zuletzt 27 % (1999). (6)

Auch ihrer Wählerschaft unterzog sich einem deutlichen Wandel. Bis 1986 konnte die FPÖ vor allem Selbständige, Freiberufler und leitende Angestellte für sich gewinnen mit überdurchschnittlicher Vertretung höherer Einkommensgruppen. Obmann Steger konnte neue kritische Mittelschichten für die FPÖ gewinnen, verlor aber spätestens mit dem Regierungseintritt 1983 die Gruppe der sogenannten Protestwähler.

Mit dem Obmannwechsel zu Haider wurde die FPÖ *"besonders für Jung- und Erstwähler attraktiv, in deren Reihen die Kritik an bestehenden Strukturen besonders groß war. Auch die aufstiegsorientierten und leistungsbereiten Bürger sahen in den Freiheitlichen eine Alternative zur bürgerlichen ÖVP, die erneut in eine Regierung mit den Sozialdemokraten eintrat. Mit dem Aufkommen des Ausländerthemas gelang es den Freiheitlichen, in stärkerem Ausmaß Wähler aus dem traditionell sozialistischen Arbeitermilieu anzusprechen und seither auch verstärkt Stimmen von der SPÖ zu erobern. Die freiheitliche Bewegung des Jahres 1995 fungierte als eine Art Sammelbecken für enttäuschte Wähler, die aus verschiedenen Motiven ihren Weg zu Jörg Haider gefunden hatten."* (7)

"Regional betrachtet waren die Zugewinne der FPÖ besonders in den städtischen Industrie- und Dienstleistungsgemeinden am höchsten, wo die Mehrheit der Beschäftigten in Mittel- und Großbetrieben mit über hundert Arbeitnehmern angestellt war, und dort, wo der Akademikeranteil an der Bevölkerung über dem landesweiten Durchschnitt lag." (8)

Der Kurs Haiders insbesondere in der Ausländerpolitik stand der liberalen Politik Stegers entgegen. Als 1993 das Ausländervolksbegehren lanciert wurde, konnten viele der Liberalen endgültig nicht mehr mit und verließen die Partei. Die früheren Obmänner Peter (1992) und Steger (1993) traten aus der Partei aus. Im Februar 1993 spaltete sich das Liberale Forum rund um die bisherige Nummer 2 der FPÖ, Heide Schmidt, von der FPÖ ab,

nachdem Liberale wie Mautner-Markhof oder Gugerbauer schon zuvor ihre Funktionen zurückgelegt hatten bzw. aus der Partei ausgetreten waren.

Dies tat jedoch dem Aufstieg der FPÖ keinen Abbruch. Wiederum, wie schon bei der Gründung der VdU und später der FPÖ war es die SPÖ, die diese Entwicklung wesentlich begünstigte. Sie passte sich in ihrer Ausländerpolitik dem rassistischen Kurs der FPÖ und hoffte so, der FPÖ den Wind aus den Segeln zu nehmen. Damit verstärkte sie jedoch bloß den Rassismus innerhalb der Arbeiterklasse und machte diese für die FPÖ umso empfänglicher.

Gleichzeitig weigerte sie sich, sich aus der tragenden Position der Angriffspolitik zurückzuziehen und den Forderungen des Kapitals mit Klassenkampf entgegenzutreten. Stattdessen war sie die Partei, die sich hinter die Sparpakete stellte und sie durchzog. Dies untergrub das Vertrauen in die SPÖ noch weiter. Viele traten aus den Gewerkschaften aus und machten so einen weiteren Schritt zur Entsolidarisierung innerhalb der Arbeiterbewegung.

Frustriert von der bürokratischen Zentralität der SPÖ und deren Angriffspolitik schien für eine Schicht der Arbeiterklasse durch Haider wenigstens ein Mann da zu sein, der es ihnen allen zeigt. Dieser völlige Verlust von Klassenbewusstsein und die Bereitschaft zur Unterstützung des Rassismus ist der Preis, den die Arbeiterklasse für die Politik der Sozialdemokratie gegenüber der FPÖ und ihrer Vorläuferorganisation bezahlen muss.

Fußnoten:

(1) Theodor Körner im Februar 1946 in der "Wiener Zeitung": "Der Wiener ist Weltbürger und daher von vornherein kein Antisemit. Antisemitische Tendenzen sind ihm auch jetzt vollkommen fremd." zitiert in profil Nr. 14 vom 3. April 2000, S. 35.

(2) profil (op. cit.) S. 36.

(3) Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993, S. 328

(4) zitiert in Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, S. 328

(5) Haider im Inlandsreport 18.8.1988, zitiert in Thomas Busch, Rosina Fasching, Christian Pillwein: Im rechten Licht, Ermittlungen in Sachen Haider-FPÖ, Linz 1991

(6) Wahlergebnisse aus Melanie A. Sully: The Haider Phenomenon, Columbia University Press 1997, S. 8.

(7) Gerd Kräh: Die Freiheitlichen unter Jörg Haider, Rechtsextreme Gefahr oder Hoffnungsträger für Österreich? Peter Lang/Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 1996, S. 44f.

(8) Gerd Kräh, op. cit., S. 239